

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

März 1984

# Evangelische Verantwortung

Heft 3/1984

## DIE ERDE IST DES HERRN

Henning Schwarz

Dr. Hennig Schwarz, Justizminister und Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, ist Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Schleswig-Holstein. Er gehört dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages an, das vorstehende Losung für den Kirchentag in Düsseldorf — 5. bis 9. Juni 1985 — einem Vorschlag aus dem 2. Korintherbrief 12 „Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig“ und einem solchen aus Johannes 8,32 „Die Wahrheit wird euch frei machen“ vorgezogen hat.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag 1985 in Düsseldorf wird unter der Losung stehen „Die Erde ist des Herrn“. Das Präsidium des Kirchentages hat aus drei Vorschlägen seines Vorbereitungsausschusses den ersten Vers des 24. Psalms gewählt. „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen“.

Das ist eine befreiende Aussage. Sie bezieht sich auf unsere Erde, auf das, was wir bebauen und bewohnen, auf das, von dem wir leben. Das Wort ist deutlich. Es führt uns nicht zu „Welten“, sondern bindet unsere Aufmerksamkeit an das, was wirklich ist. Und dieses gehört nicht uns, sondern „ist des Herrn“. Wir Menschen gehören dazu, wie alles, was auf der Erde wohnt und darinnen ist. Wir sind Teil seiner Schöpfung und auf ihn ausgerichtet. Das gibt uns im Sog aller Kräfte, die nach uns greifen, Gewißheit: Unsere Erde gehört auf die Seite von Gott und nicht auf die Seite der Mächte des Chaos.

In Zeiten unklarer Ziele sollen die vielen Besucher, die in Düsseldorf erwartet werden, die einfache und ergreifende Botschaft erfahren, daß Gott seiner Erde und allem, was darinnen ist und darauf wohnt, seine

Die Erde ist des HERRN und was darinnen ist,  
der Erdkreis und die darauf wohnen.

Denn er hat ihn über den Meeren gegründet  
und über den Wassern bereitet.

Wer darf auf des HERRN Berg gehen,  
und wer darf stehen an seiner heiligen Stätte?

Wer unschuldige Hände hat  
und reines Herzens ist,

wer nicht bedacht ist auf Lug und Trug  
und nicht falsche Eide schwört:

der wird den Segen vom HERRN empfangen  
und Gerechtigkeit von dem Gott seines Helles.

Das ist das Geschlecht, das nach ihm fragt,  
das da sucht dein Antlitz, Gott Jakobs.

Machet die Tore weit und die Türen in der Welt hoch,  
daß der König der Ehre einziehe!

Wer ist der König der Ehre?

Es ist der HERR, stark und mächtig, der HERR,  
mächtig im Streit.

Machet die Tore weit und die Türen der Welt hoch,  
daß der König der Ehre einziehe!

Wer ist der König der Ehre?

Es ist der HERR Zebaoth; er ist der König der Ehre.

Liebe und seine Treue zugesagt hat. Er hat seinen Bund mit uns geschlossen und darauf können wir uns verlassen. Dieser Bund ist allerdings nicht einseitig: Der bewohnte Erdkreis nimmt nicht nur Verheißung und Segen, nicht allein Saat und Ernte, Arbeit und Ertrag, Sonne und Regen, Wohlfahrt und Geborgenheit in Empfang, er muß sich auch durch die nachfolgenden Verse des gleichen Psalms an seine Pflichten im Bund mit Gott mahnen lassen. „Wer unschuldige Hände hat, wer reinen Herzens ist, wer nicht bedacht ist auf Lug und Trug und nicht falsche Eide schwört, der wird den Segen vom Herrn empfangen und Gerechtigkeit von dem Gott seines Heils.“

Die Losung ist kein Befehl, kein Appell und schon lange kein politisches Programm. Zwar ist es jedem erlaubt, diese Zusage auch als einen Aufruf zu ökologischer Verantwortung zu verstehen. Das wäre, wie ich es sehe, nicht einmal ein Mißverständnis, indessen nur ein Teil der Botschaft. Dieses Thema auch nur zu berühren, kann bedeuten, die politische Botschaft desselben sichtbar und wirksam zu machen. Es kann daher durchaus geschehen, daß sich innerhalb thematisch und organisatorisch vorbereiteter

Gemeinschaften wie spontan auch außerhalb eine Kaskade von sattsam bekannten Übersteigerungen erhebt. Der Kirchentag versteht sich als eine Bewegung aller evangelischer Christen. Ihm kann im Grundsatz nicht daran gelegen sein, eine Plattform für politisches Tribunal, Protest und Clownerie abzugeben. Seine Besucher sollten nicht vorrangig erleben, daß der mentale Klamauk unserer Zeit resoniert wird, der überall – beileibe nicht nur in der Politik – vorhanden ist.

Dagegen hilft indessen ein einfaches Mittel: Den 24. Psalm zu Ende lesen.

Denen, die gleichwohl von Befürchtungen beschlichen werden, kann es helfen, sich daran zu erinnern, wie viele Wege zum Verständnis der frohen Botschaft führen können und freimütig zu bekennen, daß auch der Suchende und Erwartende, der Zuschauer und Handelnde, der Hörende und Sprechende immer

nur einen Teil des ganzen Glaubenserlebnisses ergreifen kann. Wozu wir evangelischen Christen aufgefordert sind, ist auch angesichts von Einseitigkeiten und Übersteigerungen ein wenig mehr Geduld, ein wenig mehr Hingabe und ein wenig mehr Treue aufzuwenden, als wir uns im alltäglichen Leben leisten zu können glauben, dann wird der 24. Psalm uns weiterführen; vielleicht zu einem deutlicheren Verständnis weltlicher Kategorien von Besitz, Eigentum und Treuhänderschaft unter der Herrschaft Gottes, vielleicht zu mehr Brüderlichkeit im nahen und fernerer bewohnten Erdkreis, vielleicht sogar in die machtvolle Fülle des ersten Gebots. Die Losung des Kirchentages soll uns dazu einladen, die Gegenwart Gottes auf unserer erlebten und durchlebten Erde zu spüren, uns als Teil seiner Schöpfung in seinem Dienst zu fühlen und unseren Glauben an ihn auch in allen Irrungen und Zweifeln unserer Zeit zu erleben.

## 26. EAK-Bundestagung ein großer Erfolg

### – Neuer EAK-Bundesvorstand gewählt –

Die 26. Bundestagung des EAK der CDU/CSU in Wuppertal – 10. bis 12. Februar 1984 – war mit über 900 Dauerteilnehmern und ca. 2500 Zuhörern bei der Öffentlichen Schlußkundgebung mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die bisher bestbesuchte. Etwa 60 Journalisten berichteten in Fernsehen, Rundfunk, Tageszeitungen und Wochenblättern. Die noch während des Verlaufs der Tagung an die Teilnehmer verteilten Reden und Referate sind als „Dokumentationen“ im Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) und beim Evangelischen Pressedienst (epd) erschienen. Darüber hinaus werden sie durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle als Broschüre veröffentlicht, wo sie ab April ebenso angefordert werden können wie die Rede des Bundeskanzlers.

Der Bundesarbeitskreis des EAK der CDU/CSU wählte am Freitag, dem 10. Februar 1984, nachfolgenden Bundesvorstand:

Bundvorsitzender:

Landtagspräsident  
Albrecht Martin, MdL, Mainz

Stellvertretende  
Bundvorsitzende:

Bundesminister  
Dr. Werner Dollinger MdB,  
Neustadt/Aisch

Bundestagspräsident a. D.  
Kai-Uwe von Hassel, MdEP, Bonn  
Chefarzt  
Dr. Sieghard-Carsten Kampf,  
MdHB, Hamburg  
Staatsminister  
Friedrich Vogel, MdB, Warendorf

Beisitzer:

Dr. Ursula Besser, MdA, Berlin  
Pastor Dr. Gottfried Mehnert, Kiel  
Waltrud Will-Feld, MdB,  
Bernkastel-Kues  
Arnulf Borsche, Frankfurt  
Dr. Peter Egen, Velbert-Neviges  
Peter W. Höffkes, MdB, Nürnberg  
Peter von der Heydt, Köln  
Dr. Friedrich Menke, MdBB,  
Bremen  
Dr. Gerd Langguth, Bonn  
Klaus-Jürgen Hedrich, MdB,  
Uelzen  
Dr. Gerhard Rödding, MdL,  
Bielefeld  
Landtagsvizepräsident  
Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL,  
Korschenbroich.

Vor dem Bundesarbeitskreis gab der ausgeschiedene EAK-Bundesgeschäftsführer und jetzige Hauptabteilungsleiter Politik im Konrad-Adenauer-Haus, Assessor **Wilhelm Staudacher**, nachfolgenden Bericht:

I.

Der EAK ist in den letzten Jahren stärker geworden.

– In mehr als der Hälfte aller CDU-Kreisverbände gibt es heute EAK's, die teilweise mit großem Engagement arbeiten und immer stärker auch in die Öffentlichkeit treten.

– In einer großen Reihe von Landesverbänden ist die Arbeit des EAK erheblich aktiviert und intensiviert worden. Die EAK-Bundesgeschäftsstelle hat sich zunehmend zu einem Zentrum für die Förderung und Unterstützung der EAK-Kreisverbände entwickelt. Sie hat diese Arbeit unterstützt, Veranstaltungen angeregt und mit den Kreisverbänden durchgeführt. Soweit es unsere Möglichkeiten zuließen, haben wir Kreis- und Landesverbänden kostenlos Broschüren, Sonderdrucke der Evangelischen Verantwortung und EAK-Infos zur Verfügung gestellt.

– Insbesondere im Zusammenhang mit der Friedensdiskussion ist der EAK Anlaufstelle für immer mehr evangelische Christen geworden, die sich in ihrer Kirche an den Rand gedrängt fühlten. Wir können heute auf eine erfreulich große Zahl von evangelischen Pfarrern zurückgreifen, die bereit

sind, sich für uns zu engagieren. Der EAK ist heute ein geachteter und vielfach gesuchter Gesprächspartner für die Evangelische Kirche.

- Nicht zuletzt durch diese Diskussion hat sich auch die Altersstruktur des EAK verändert. Ich halte es für erfreulich, daß wir wieder zunehmend jüngere Mitglieder und Besucher unserer Veranstaltungen haben.
- Das Verhältnis des EAK zur CDU ist entkrampft. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, wird die Existenzberechtigung des EAK nicht mehr in Frage gestellt.

Zu den wichtigsten Instrumenten des EAK haben sich neben unseren Veranstaltungen die Evangelische Verantwortung und die Pfarrerbriefe entwickelt:

- Die Evangelische Verantwortung erscheint monatlich mit 16 Seiten Umfang in einer Auflage von ca. 13 000. Sie findet zunehmend Beachtung im kirchlichen Bereich. Reaktionen zeigen uns, daß sie gelesen und teilweise nachgedruckt wird. Beiträge werden uns freiwillig und kostenlos angeboten. Obwohl wir keine Autorenhonorare zahlen, ist das Niveau der Beiträge m. E. beachtlich. Ein Gewinn war zweifellos, daß wir immer davon abgesehen haben, Artikel nachzudrucken. Alle EV-Beiträge sind Originalbeiträge.
- Die Pfarrerbriefe sind zweifellos zu unserem wirksamsten Instrument gegenüber den evangelischen Pfarrern geworden. 13 000 evangelische Pfarrer erhalten monatlich unseren Informationsdienst mit politischem, aber auch theologischem Inhalt. Er fordert die Pfarrer immer wieder zur Stellungnahme heraus, und er findet unter der Pfarrerschaft große Beachtung. Auf jeden „Pfarrerbrief“ erhalten wir ca. 20 bis 50 Antworten, die alle einzeln beantwortet werden.

## II.

### *Rückblick auf die Bundestagung 1982 in Mainz „Christen wissen: Wir haben eine Zukunft“*

Ziel dieser Bundestagung war, in eine Zeit, in der Angst und Resignation im wesentlichen die Stimmung vieler Teile der Bevölkerung prä-

te, ein positives Signal christlicher Zuversicht geben. Wie frühere Bundestagungen brachte auch die Mainzer Tagung große Vorträge. Denkwürdig war z. B. das theologische Abendgespräch zwischen Kirchenpräsident Hild und LP Martin. LP Martin hatte in seinem Vortrag vorweggenommen, was Kirche und Politik im folgenden Jahr 1983 im Zusammenhang mit der Friedensdiskussion besonders belastete. Er drückte seine Sorge aus, daß sich zunehmend solche Gruppen an kirchlichen Gruppierungen anschließen, deren Ursprung nicht in biblisch begründeten Vorstellungen liegt. Dadurch würden deren Positionen gleichsam nachträglich vom Evangelium her gerechtfertigt. Gleichzeitig engagierten sich kirchliche Gruppen immer stärker in tagespolitischen Fragen mit der Folge, daß auch die Kirche selbst immer mehr der Relativität des Politischen unterliege und die Gefahr bestehe, daß sie zunehmend die Fähigkeit verliere, ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen: mit moralischer Autorität Orientierung zu geben unter Bezug auf das Absolute – die Lehren und Gebote Gottes.

Ich bezweifle, daß die Bundestagung in Mainz den Zeitgeist maßgeblich beeinflussen konnte. Sie war eindrucksvoll als Manifestation fester christlicher Überzeugungen gegen einen Mehrheitstrend in unserer Kirche. Gestoppt hat sie ihn nicht. Doch dies würde wohl die Kraft und die Möglichkeiten des EAK oder auch die Möglichkeiten einer solchen Tagung überhaupt übersteigen. Ich bin sicher, daß das Thema der Bundestagung in der jetzigen Zeit, wo die Kräfte des Optimismus sich wieder zu regen beginnen, mehr Wirkung erzielen würde.

## III.

### *EAK und Friedensdiskussion*

Die Friedensdiskussion war das beherrschende Thema der vergangenen zwei Jahre. Sie hat unsere Kirche vor eine schwere Zerreißprobe gestellt. In dieser Diskussion bot die Kirche leider sehr oft ein Bild großer Zerrissenheit, Orientierungslosigkeit und manchmal der Hilflosigkeit. Die Kirchenleitungen

sahen häufig bei ihren Bemühungen, das Auseinanderbrechen zu verhindern, überfordert. Sie sahen sich ideologisierten kirchlichen Minderheitsgruppen gegenüber, die zum Kompromiß nicht fähig oder nicht bereit waren und die auch das Auseinanderbrechen der Kirche in Kauf nahmen. Die strukturelle Schwäche unserer Kirche wurde in dieser Diskussion sehr deutlich. Der EKD-Vizepräsident Löwe hat einmal die These vertreten: „Der Meinungspluralismus in der evangelischen Kirche, oft als Last und Unentschiedenheit beklagt, ist zugleich eine Chance.“ Er bewahrt vor ideologischer Erstarrung und dient dazu, konkurrierende Prinzipien nicht zu leugnen, sondern miteinander zum Zuge kommen zu lassen.“ Ich stimme dieser These aus voller Überzeugung zu, will aber auch nicht verschweigen, daß ich in der Friedensdiskussion oft Zweifel hatte, daß sich in unserer Kirche echter Meinungspluralismus wirklich noch wiederfindet.

Eine besondere Bewährungsprobe war die Friedensdiskussion auch für den EAK. Ich glaube, wir können heute sagen, wir haben diese Bewährungsprobe bestanden. Als erste Gruppierung der CDU/CSU haben wir dieses Thema aufgegriffen, erste Veranstaltungsreihen durchgeführt und Broschüren publiziert. Die ersten Erklärungen der CDU zu diesem Thema wurden maßgeblich von uns mitformuliert.

Auch in die innerkirchliche Diskussion haben wir wirkungsvoll eingegriffen. Unsere Beiträge wurden von Teilen der Kirche dankbar begrüßt. Als einzige politische Gruppierung haben wir uns öffentlich inhaltlich in Anfragen mit den Thesen des Moderamens des Reformierten Bundes und mit dem Aufruf der 33 rheinischen Superintendenten zur Teilnahme am Friedensgottesdienst in Jülich auseinandergesetzt.

Das Moderamen des Reformierten Bundes hatte das „Nein ohne jedes Ja“ zu den Massenvernichtungswaffen zur Bekenntnisfrage erklärt. Dagegen haben wir uns entschieden zur Wehr gesetzt, weil wir der Meinung waren, daß dadurch die kirchliche Gemeinschaft, aber auch die Grundlagen unserer pluralistischen Gesellschaft in Frage

gestellt wurden. Die Ausrufung des Status confessionis macht Politik unmöglich. Sie hat die sachliche Auseinandersetzung über den richtigen Weg zur Sicherung von Frieden und Freiheit blockiert, aber nicht gefördert.

Durch den Beschluß des Deutschen Bundestages, die NATO-Nachrüstung zu vollziehen, hat die Friedensbewegung erheblich an Dynamik verloren. Insbesondere die kirchlichen Gruppen scheinen in einer Orientierungskrise zu stehen und nach neuen Themenfeldern zu suchen.

Ein solches mögliches Thema könnte die Frage der Arbeitslosigkeit sein. Ich möchte sehr deutlich darauf hinweisen, daß ich die Befürchtung habe, daß uns auch bei diesem Thema eine sehr brisante Diskussion bevorsteht und daß ähnliche Frontstellungen entstehen können wie bei der Friedensdiskussion. Auch bei diesem Thema werden wir mit hohen moralisch-ethischen Ansprüchen und sozialer Bewegtheit konfrontiert, die vor allem im kirchlichen Bereich gepaart sind mit weitgehender wirtschaftlicher Inkompetenz. Kanzelerklärungen, Proteste und Demonstrationen evangelischer Pfarrer bei Betriebsstilllegungen signalisieren eine solche Entwicklung.

Ich schließe nicht aus, daß diese Diskussion noch „heißer“ werden kann als die Friedensdiskussion. Bei der bestehenden hohen Arbeitslosigkeit gibt es eine große Zahl Betroffener, die mobilisierbar ist. Bestrebungen, einen Schlußschluß zwischen der SPD, Gewerkschaften, Arbeitslosen und linken kirchlichen Kreisen herzustellen, sind offensichtlich. In dieser Kombination könnte ein solches Bündnis außerordentlich problematisch für die CDU werden. Der EAK sollte sich deshalb mit Nachdruck in die Diskussion einschalten.

#### IV.

##### *Lutherjahr 1983*

Das Lutherjahr 1983 hat auch die Bundesgeschäftsstelle erheblich beschäftigt. Evangelische Arbeitskreise führten eine Vielzahl von Veranstaltungen durch, die wir mitgestaltet haben durch Anregungen, Pro-

grammentwürfe oder Referentenvermittlung. Die Lutherbroschüre der EAK-Geschäftsstelle hat eine Auflage von 12 000 Exemplaren erreicht. 5 000 Exemplare wurden bei der EAK-Geschäftsstelle angefordert von Pfarrern für den Religionsunterricht, für Konfirmandenunterricht und Kirchengemeinderäte. Sie wurden für diesen Zweck kostenlos zur Verfügung gestellt. 7 000 Exemplare wurden von CDU-Kreis- und Landesverbänden zur Verteilung innerhalb der Partei und im kirchlichen Bereich gekauft.

#### V.

##### *Bundestagswahl 1983*

Ein wichtiges Datum war für uns die Bundestagswahl am 6. März. Evangelische Arbeitskreise haben sich auch am Wahlkampf beteiligt. Die EAK-Bundesgeschäftsstelle hat dazu Hilfestellung geleistet wo sie konnte. So haben wir z. B. eine ganze Reihe von Rahmenpresseerklärungen zur Verfügung gestellt, die von den EAK-Vorsitzenden in eigenem Namen veröffentlicht werden konnten. Große Resonanz fand der Aufruf des EAK zur Bundestagswahl, der in einigen regionalen und überregionalen Zeitungen von der Bundesgeschäftsstelle veröffentlicht wurde. Darüber hinaus haben EAK-Kreisvorsitzende Spenden gesammelt, um den Aufruf in weiteren Zeitungen zu inserieren.

Der Aufruf hatte folgenden Wortlaut:

„Die Bundestagswahl am 6. März 1983 entscheidet nach unserer Überzeugung auf Jahre hinaus über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Die Fragen, vor denen unser Volk heute steht, sind schon als Sachprobleme außerordentlich schwierig. Hinter ihnen verbergen sich aber zugleich ethische Grundsatzfragen, die tief in das reformatorische Staats- und Gesellschaftsverständnis eingreifen.

— In der *Friedens- und Sicherheitspolitik* geht es am 6. März 1983 um die Frage, ob wir unseren Kindern eine Welt schaffen wollen, die nicht in Überrüstung erstarrt und doch vor dem ungebrochenen Imperialismus der kommunistischen Ideologie sicher ist.

— In der *Finanzpolitik* geht es darum, ob wir die Kraft zu bescheidenerem Wohlstand und geringeren Staatsleistungen aufbringen, damit die nach uns kommende Generation die Chance ihres eigenen Wohlstandes und ihrer eigenen Gestaltung der Welt behält.

— In der *Arbeitsmarktpolitik* ist zu entscheiden, ob der neue Klassegegensatz zwischen den Arbeitslosen und den Besitzern von Arbeit durch eine bessere Wirtschaftspolitik und durch neue, solidarische Formen des Arbeitslebens aufgehoben werden kann.

— In der *Gesellschaftspolitik* kommt es darauf an, daß an die Stelle des bedingungslosen Glaubens an staatliche Normen und Leistungen so weit wie möglich wieder die Nächstenliebe freier und verantwortlicher Menschen treten kann.

Diese Entscheidungen sind ohne das Vertrauen und die tätige Mithilfe der evangelischen Mitbürger nicht zu treffen und erst recht nicht zu verwirklichen.“

Nachdem die Bundestagswahl 1980 einen Einbruch für die CDU vor allem bei den evangelischen Wählern gebracht hatte (unser protestantischer Wähleranteil sank bundesweit auf 33%), waren wir in diesem Bereich bei der Bundestagswahl 1983 sehr erfolgreich. 1983 erreichten wir einen evangelischen Wähleranteil von 41%. Vor allem in den evangelischen Gebieten wurden eindrucksvolle Gewinne erzielt. Hier waren auch die Verluste der Sozialdemokraten besonders hoch.

#### VI.

##### *Rückblick auf den 20. DEKT in Hannover*

Vom 8. –12. Juni 1983 nahm der EAK am DEKT teil. Wie auch schon auf dem Hamburger Kirchentag war es gelungen, 9 andere, der CDU nahestehende Organisationen zu bewegen, sich auf dem Kirchentag der Diskussion mit den Kirchentagsteilnehmern zu stellen. Dadurch waren CDU/CSU-nahe Gruppierungen in 3 Markt Bereichen mit großen Informationsständen vertreten. Unsere Anwesenheit wurde von den

Kirchentagsteilnehmern als ganz selbstverständlich akzeptiert. Ich erinnere mich, daß dies noch 1979 auf dem Kirchentag in Nürnberg anders war. Für manchen Kirchentagsbesucher stellte damals die bloße Anwesenheit des EAK ein Ärgernis dar.

Wie bereits 1981 in Hamburg waren auch in Hannover wieder ca. 60% der 130 000 Dauerteilnehmer Jugendliche unter 25 Jahren. Kirchentage werden zunehmend zu großen christlichen Jugendfestivals. Dies ist eine Entwicklung, die wir auch in der Politik zur Kenntnis nehmen müssen. Mag auch nur ein relativ geringer Teil dieser Jugendlichen Bindungen an die „Amtskirche“ haben oder im sonntäglichen Gottesdienst zu finden sein, auf der Suche nach Orientierung sammeln sich Jugendliche auch im Umfeld um die Kirchen.

Diese Entwicklung wird politisch um so bedeutsamer, je größer die Zahl derjenigen Theologen wird, die z. B. in der Friedensdiskussion unmittelbare politische Folgerungen aus der Bibel ableiten und bestimmte politische Alternativen nicht mehr als mit dem christlichen Glauben vereinbar ansehen. Gerade diese Theologen scheinen Jugendliche in ihrem Suchen nach Alternativen besonders stark anzusprechen.

#### *Folgerungen für die weitere Entwicklung des Kirchentages*

Der Kirchentag ist nach meiner Einschätzung an einem Wendepunkt seiner Entwicklung angelangt. Er ist in einer Krise, die durch die Faszination der großen Zahlen überdeckt wird. Tatsache ist aber, daß die ursprüngliche Absicht der Kirchentage, die Laien weitgehend an der inhaltlichen Gestaltung der Kirchentage zu beteiligen, nicht mehr zutrifft. Der Versuch, alle Entscheidungen über die inhaltliche und personelle Gestaltung zu „demokratisieren“, führt bei der Organisation dieses Großereignisses zwangsläufig dazu, daß ehrenamtliche Kräfte überfordert sind. Die Verlagerung der Entscheidungen in viele unterschiedliche Gremien führt außerdem zu einer völligen Unübersichtlichkeit der Entscheidungskompetenzen. Die Folge ist schließlich, daß die Vorbereitung der Kirchen-

tage im wesentlichen von hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeitern getragen wird und daß diese auch weitgehende Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten haben. Die Aussage von Erhard Eppler „Was will der Kirchentag? Was will das Präsidium, der Stab, der Präsident? Zielt diese Frage auf vordergründige oder gar politische Wirkung, so ist die redlichste Antwort: gar nichts. Der Kirchentag läßt sich von niemandem einspannen, er dient niemandem, außer dem Herrn der Kirche. Der Kirchentag ist kein Beschlußgremium, er hat kein eigenes Glaubensbekenntnis und keine eigene Soziallehre“ mag subjektiv ernst gemeint sein. In Wirklichkeit ist das Laienelement in der Gestaltung des Kirchentages weitgehend machtlos. Die kirchenpolitischen und politischen Absichten werden von den hauptamtlichen Kirchentagsfunktionären bestimmt, die völlig überwiegend einer politischen Theologie anhängen und die politisch eindeutig alternative Gruppen und die SPD bevorzugen. Damit steht der Kirchentag in erheblicher Distanz nicht nur zur Mehrheit der treuen Kirchgänger, sondern auch der Kirchenleitungen. Es ist zu wünschen, daß über die Struktur und eine Reform des nächsten Kirchentages in Düsseldorf sehr frühzeitig nachgedacht wird. Erfreulicherweise ist der Vorsitzende des EAK Schleswig-Holstein, Minister Dr. Henning Schwarz, Mitglied der Kirchentagsleitung geworden. Er wird diese schwere Aufgabe aber nur dann wirklich erfüllen können, wenn er dabei von vielen EAK-Kreisverbänden im Rheinland unterstützt wird. Sie müssen sich auf der Ebene ihrer Kirchengemeinden und Kirchenkreise an den Kirchentagsvorbereitungen beteiligen. Da der EAK Rheinland eine sehr große Anzahl von Kreisverbänden aufweist, scheint es mir möglich, bei entsprechender langfristiger Mobilisierung der EAK-Mitglieder auf die Gestaltung des Düsseldorfer Kirchentages Einfluß zu gewinnen.

#### VII.

#### *Zukünftige Aufgaben des EAK*

Abschließend möchte ich noch einige Bemerkungen zu den zukünftigen Aufgaben des EAK

machen. Wie auch bisher hat der EAK die Aufgaben zu erfüllen, die evangelischen Interessen innerhalb der CDU wahrzunehmen und das evangelische Element der CDU nach außen sichtbar zu machen. Allerdings haben diese Aufgaben heute nicht mehr das Gewicht wie in der Zeit der Gründung des EAK in den 50er Jahren. Evangelische Interessen sind heute in der CDU auf Bundesebene nicht mehr unterrepräsentiert. Ich weiß, daß dies in regionalen Parteigliederungen teilweise anders ist. Auch die Ansprache des evangelischen Wählerpotenzials durch den EAK scheint mir keine besonders zukunftsweisende Aufgabe zu sein. Als Wähler sind heute für die CDU „säkularisierte“ liberale Evangelische besonders wichtig. Diese orientieren sich in ihrem Wahlverhalten weniger an konfessionellen als an sachorientierten Gesichtspunkten, z. B. größerer wirtschaftlicher Problemlösungskompetenz. Deshalb fühlen diese Personengruppen sich vom EAK nicht in erster Linie angesprochen.

## Aus dem Inhalt

Die Erde ist des Herrn Henning Schwarz	1
26. EAK-Bundestagung ein großer Erfolg – Neuer EAK-Bundesvorstand gewählt –	2
Aus unserer Arbeit	6, 12
Albert Schweitzer – 70 Jahre Lambarene Albert Rathjen	7
Wehrhafte Demokratie Hermann Lutze	10
Meine Meinung Erhard Hackler	11
Glückwünsche des CDU-Generalsekretärs	11
Kurz notiert	13
Leserbrief	15
Aufruf des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU	16

Es geht in Zukunft für den EAK darum,

- aufmerksam, quasi als Seismograph, die Entwicklungen in der Evangelischen Kirche zu verfolgen und daraus Folgerungen für das politische Handeln der CDU abzuleiten,
- dafür zu sorgen, daß Interessen der evangelischen Kirche auch im Regierungshandeln berücksichtigt werden und
- einen Beitrag zu leisten zur „Stabilisierung“ der evangelischen Kirche. Dazu muß der EAK sich noch stärker als bisher bemühen, in die theologische Diskussion einzugreifen und für solche theologische Positionen eine Plattform zu bieten, die sich

heute in der Kirche oft an den Rand gedrängt fühlen.

Ich glaube, ein wichtiger Beitrag hierzu ist diese Bundestagung, die vielleicht die „theologischste“ Bundestagung ist, die der EAK bisher durchführte. Sie ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag, die Gründe für die immer noch spürbare Distanz mancher Evangelischer zum demokratischen Rechtsstaat aufzuarbeiten. Ein Grund für diese Distanz mag teilweise in noch nicht verarbeiteten Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Staat liegen. Tiefere Gründe dafür sind aber vermutlich theologische Entwicklungen, deren Ursachen bereits in den 30er Jahren liegen, die aber heute ihre gesellschaftlichen und politischen Wirkungen zeigen.

**Wenn Ihre Freunde oder Bekannten noch nicht zum Leserkreis der Evangelischen Verantwortung gehören, fordern Sie bitte kostenlos Probeexemplare unserer Publikationen an:**

**„Evangelische Verantwortung“**

**Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
5300 Bonn 1**

## Aus unserer Arbeit

### Evangelischer Arbeitskreis im CDU-Kreisverband Mettmann gegründet

**Mettmann:** Auch in diesem CDU-Kreisverband gibt es seit Februar 1984 einen Evangelischen Arbeitskreis. Rund 90 interessierte Bürger trafen sich auf Einladung des CDU-Kreisverbandes im Mettmanner Kreishaus, um den EAK zu gründen und einen kommissarischen Vorstand für ein Jahr zu berufen. Der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Klaus-Dieter Völker (Haan), wurde zum Kreisvorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter wurde Rolf-Werner Buschmann (Neviges).

Der ehemalige EAK-Bundesgeschäftsführer, Dr. Peter Egen (Velbert), gehört dem Beirat an.

### „Wachsamkeit gegen Machtmißbrauch“ - Veranstaltung des EAK Bremen -

**Bremen:** Über seinen Weg vom kaisertreuen, deutschnationalen protestantischen Bürger zur Bekennenden Kirche im Hitlerreich berichtete Pastor D. Günter Besch, von 1959 bis 1974 Schriftführer des Kirchenausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche, am Dienstag, 31. Januar, vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in Bremen. Die Parteien im sogenannten Kirchenkampf des Dritten Reiches seien

Produkte einer langen Entwicklung gewesen, betonte Besch. Der Nationalsozialismus mit seiner Neigung zu Verbrechen hätte die Sehnsucht nach nationaler Wiedergeburt und sozialer Neuordnung skrupellos ausgenutzt. Er hätte bei protestantischen Theologen mit ihrer Hoffnung auf eine Erneuerung der Kirche zunächst auch viel Jubel ausgelöst, der bei den etwa 6 000 Mitgliedern des Pfarrernotbundes jedoch schnell der Ernüchterung und Widerstandsbereitschaft gewichen sei.

In einem ständigen Lernprozeß, so Besch, habe der Weg von einer Bekenntniskirche zu einer aktuell christusbekennenden Kirche geführt, vom Einsatz für die eigene Kirche zum Eintreten für andere Menschen, von der Pastorenkirche zur „mündigen Gemeinde“.

Der Lernprozeß in der Frage, an welcher Stelle Kompromisse noch möglich seien oder vom Glauben her Widerstand gegen Machtmißbrauch des Staates unumgänglich sei, habe bis heute nicht abgeschlossen werden können. Dietrich Bonhoeffer habe sich für den politischen Widerstand entschlossen und sei während seiner Haft deshalb nicht auf den Fürbittlisten der Bekennenden Kirche erschienen. An Hand eigener Erfahrungen als Standortsparrer in Pommern zeigte der Referent auf, daß niemand, weder der Pfarrer noch der General oder Kriegsrichter, schuldlos geblieben sei.

Mittelbar sei noch heute aus den Erfahrungen zu lernen, sagte Besch. Wachsamkeit gegen die Gefahren des Machtmißbrauchs auch im freien Rechts-

staat seien nötig, wie der Widerstand gegen das Volkszählungsgesetz gezeigt habe. Er erinnerte auch an die Widerstandsformen Martin Luther Kings, der oft ins Gefängnis gesteckt worden sei, heute aber als Nationalheld durch einen jährlichen Feiertag in den USA geehrt werde.

### „Europa - eine Frage an die Kirchen“

**Koblenz:** Die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Koblenz-Stadt haben bei ihrer letzten Zusammenkunft am 2. Februar 1984 beschlossen, im Hinblick auf die Europa-Wahlen am 17. Juni, alle weiteren Veranstaltungen des Arbeitskreises in diesem Jahr unter die Gesamthematik: „Europa - eine Frage an die Kirchen“ zu stellen. Sie wollen dabei erarbeiten, ob und wie die Kirchen kraft gesellschaftlicher Funktion ihren Beitrag zum Prozeß der europäischen Einigung fördern.

Nach den Ausführungen des Vorsitzenden, Volker Masius, ist Europa, das sich seit Ende des 2. Weltkrieges in einem tiefgreifenden Wandel seiner kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen befindet, ganz sicherlich auch eine Frage an die Kirchen. Diese Veränderungen haben einen großen Einfluß auf das Leben der politischen Gemeinschaft und berühren jeden Bürger unmittelbar. Das wird vielzuoft übersehen.

Die Kirchen und alle mit ihr verbundenen Organisationen und Einrichtungen sind in ihrer besonderen Verantwortung für das menschliche Zusammenleben durch diesen Prozeß ebenfalls in großem Maße herausgefordert. Sie können diesen Prozeß verschlafen, sie können aber auch die Chance nutzen, ihre Grundorientierungen in das geistige Grundkonzept Europas mit einzubringen. „Christliches Europa“ bedeutet aber nicht den Rückfall in ein klerikal-abendländisches Europa mittelalterlicher Prägung: „christlich“ steht hier vielmehr für Friede, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, für Grundwerte, die in der Würde der menschlichen Person begründet sind, für Menschenrechte.

Insofern möchte der Arbeitskreis auch die christliche Verwurzelung Europas bewußt machen, die ethischen sowie sozialen Aspekte des europäischen Einigungsprozesses verdeutlichen und dabei den Beitrag der Kirchen aus ihrer Verantwortung für die Zukunft Europas aufzeigen.

### Auf der rheinischen Landessynode In Bad Neuenahr ging es auch um Namibia

**Ertkreis:** Der Vorsitzende des EAK der CDU im Ertkreis, Erich Weber, erklärte zu den Ergebnissen der Landessynode in Bad Neuenahr:

„Mit diesen Beschlüssen gerät die evangelische Kirche im Rheinland in die Gefahr, zur Sektenkirche zu werden“, Weber, zweimal selbst in Namibia gewesen, bietet sich den Gemeindeorganen ausdrücklich zur Beratung an, soweit einzelne Gemeinden jetzt die sogenannte SWAPO über Spenden an den Antirassismusfonds des Weltkirchenrates aus ihren Kirchensteuereinkommen unterstützen wollen.

Zwei Erfahrungen von diesen Reisen gibt er in diesem Zusammenhang aber schon jetzt zu bedenken:

Es waren SWAPO-Guerillas, die erst Ende Februar 1983 in Kittwitwu an der

angolanischen Grenze Frauen und Kinder einer Buschmannsippe in grausamster Weise ermordeten, ohne selbst angegriffen worden zu sein. (Insgesamt töteten oder verletzten sie bisher rd. 1500 Zivilisten). Einer Buschmannfrau wurde dabei ein Embryo mit dem Bajonett aus dem lebendigen Leib geschnitten, ein Mädchen durch Zündung einer Signalarakete nach Einführung in den Leib getötet. „Solche Taten gelten spätestens seit den Nürnberger Prozessen nach internationaler Rechtsauffassung als todeswürdige Kriegsverbrechen“, betont Weber.

Auch sei es ein Irrtum, zu glauben, der Weltkirchenrat könne die Verwendung von Spenden für „humanitäre oder Verwaltungszwecke“ sichern. „Die gekennzeichnete Ausrüstung gefangener SWAPO-Guerillas stammt nach meinem Augenschein hinsichtlich der Medikamente aus Beständen des UN-Flüchtlingskommissars oder der UNICEF, hinsichtlich der Rationen vom Flüchtlingskommissar oder der FAO“, berichtet Weber.

## Albert Schweitzer — 70 Jahre Lambarene

### Albert Rathjen

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises im Kreisverband Rotenburg/Wümme, Oberstudienrat Albert Rathjen, widmet aus Anlaß des 70jährigen Bestehens des Urwaldhospitals Lambarene seinen nachfolgenden Beitrag dem Leben, Denken und Wirken des berühmten Urwald-Doktors.

Im vergangenen Jahr feierte das Urwaldhospital Lambarene im afrikanischen Staat Gabun sein siebenzigjähriges Bestehen. Es wurde im Jahre 1913 von Dr. Albert Schweitzer gegründet und im Laufe der folgenden Jahre und Jahrzehnte aufgebaut und erweitert. Wer ist dieser bemerkenswerte Mann und was hat ihn dazu getrieben, auf eine sichere Hochschulkarriere zu verzichten, um den leidenden Menschen im tropischen Urwald Afrikas zu helfen?

### Kindheit und Jugend

Albert Schweitzer wurde am 14. Januar 1875 in dem kleinen Städt-

chen Kaysersberg im Oberelsaß geboren. Er war das zweite Kind des Pfarrverwesers Ludwig Schweitzer und seiner Ehefrau Adele. Der Vater stand in Kaysersberg der kleinen evangelischen Diasporagemeinde vor. Bereits ein halbes Jahr nach der Geburt seines Sohnes wurde er als Pfarrer nach Günsbach im Münstertal berufen. Dieser Ort war die eigentliche Heimat von Albert Schweitzer. Hier erlebte er eine glückliche, sorgenfreie und trotzdem nicht unbeschwertere Jugendzeit. Denn gerade weil es ihm gut ging, war er besonders offen für das Leid anderer Leute in der Nähe und in der weiten Welt. So manche Einsicht, die später für sein Denken maßgebend geworden ist, hat in der Jugendzeit in Günsbach ihren Ausgangspunkt. Darum ist er diesem Ort auch zeitlebens verbunden geblieben, wohl auch deshalb, weil er durch die Verleihung des Goethepreises im Jahre 1928 hier ein eigenes Haus bauen konnte, welches heute als Museum und Archiv einen Mittelpunkt für die

Schweitzer-Freunde in aller Welt bildet. Nach dem Besuch der Dorfschule in Günsbach kam Schweitzer für ein Jahr in die Realschule nach Münster. Anschließend besuchte er bis zum Abitur im Jahre 1893 das Gymnasium in Mülhausen.

### Universitätsjahre

Im Alter von 18 Jahren nahm Schweitzer an der Universität Straßburg das Studium der Theologie und Philosophie auf. Im Jahre 1898 bestand er das erste theologische Examen. Nach Aufenthalt in Paris und Berlin promovierte er 1899 über die Religionsphilosophie Kants an der philosophischen Fakultät. Im selben Jahr übernahm er ein Predigtamt an der St.-Nikolai-Kirche in Straßburg, zuerst als Lehrvikar, später, im Jahre 1900 nach bestandener zweiter theologischer Prüfung, als regulärer Vikar. Schweitzer war hier für die Nachmittagsgottesdienste und den Konfirmandenunterricht zuständig. Neben diesen Aufgaben beschäftigte

er sich intensiv mit der neutestamentlichen Wissenschaft. Im Juli 1900 erwarb er den Grad eines Lizentiaten der Theologie (Dr. theol.) mit einer Arbeit über das Abendmahlsproblem. Bereits im Jahre 1902 habilitierte er sich als Privatdozent an der theologischen Fakultät der Universität Straßburg mit einer Arbeit über das Messianitäts- und Leidensgeheimnis Jesu. In der sich daran anschließenden Tätigkeit als Professor beschäftigte er sich schwerpunktmäßig mit Jesu und dem Apostel Paulus. Seine Forschungen fanden ihren Niederschlag in folgenden Werken: „Die Geschichte der Leben-Jesu-Forschung“ und „Die Geschichte der paulinischen Forschung“.

In der Familie Schweitzer lag die Musik im Blut. Schon sehr früh spielte Schweitzer Klavier; mit acht Jahren begann er, auf der Orgel zu spielen. Während der Gymnasialzeit erhielt er Orgelunterricht und er beschäftigte sich auch mit Johann Sebastian Bach. Der Komponist Charles Marie Widor in Paris hatte wohl den größten Einfluß auf Schweitzers musikalisches Wirken. Schon bald wurde er ein anerkannter Orgelkünstler. Widor gab Schweitzer auch die Anregung, über die Bachsche Musik eine Einführung zu schreiben, deren Gültigkeit auch heute noch unbestritten ist. Ein Buch über die deutsche und französische Orgelbaukunst und Orgelkunst erschien im Jahre 1906.

#### Professor und Student

Im Oktober 1905 gab Schweitzer seinen Eltern und Freunden bekannt, daß er Medizin studieren wolle, um später als Arzt in Afrika zu praktizieren. Mit dem Gedanken, sich voll und ganz in den Dienst weniger glücklicher Menschen zu stellen, hatte er sich schon länger beschäftigt. Mit einer Sondererlaubnis der Regierung war er für die nächsten Jahre an derselben Universität Professor und Student, d.h., er übte während seines Medizinstudiums seine Lehrtätigkeit aus und blieb auch Pfarrer an der St.-Nikolaikirche. Im Oktober 1911 bestand er das medizinische Staatsexamen. Danach vertiefte er seine tropenmedizinischen Kenntnisse in Paris und fertigte seine medizinische Doktorarbeit an. Am 18. Juni 1912 heiratete er Helene Bresslau,

Tochter eines Historikers der Universität Straßburg. Inzwischen wurden auch die Vorbereitungen für die Ausreise nach Afrika getroffen, d.h., alles was zur Ausrüstung eines kleinen Spitalbetriebes gehörte, wurde in Kisten verpackt und verladen. Die notwendigen Mittel erhielt Schweitzer aus dem Bekannten- und Freundeskreis sowie von seiner Kirchengemeinde.

#### Zwischen Wasser und Urwald

Am 26. März 1913 fuhren Albert Schweitzer und seine Frau von Bordeaux aus mit einem Schiff nach Afrika. Am 18. April erreichten sie Lambarene. Dieser Ort liegt im heutigen Staat Gabun etwa 40 Kilometer südlich vom Äquator am Ogowe. Die Hauptstadt Libreville ist 250 Kilometer entfernt; bis zur Hafenstadt Port Gentil an der Atlantikküste sind es 280 Kilometer. Schweitzer begann nach seiner Ankunft sofort mit seiner ärztlichen Tätigkeit in einem alten Hühnerstall. Eine Wellblechbaracke mit Sprechzimmer, Operationsraum und Apotheke konnte erst ein halbes Jahr später fertiggestellt werden. Das körperliche Elend unter den Eingeborenen war groß: Malaria, Schlafkrankheit, bösartige Geschwulste und Lepra plagten die Menschen. Schweitzer berichtet später, daß seine schwarzen Patienten bei einer Krankheit nie eine natürliche Ursache voraussetzen, sondern sie auf böse Geister und Zauberei der Menschen und den sogenannten „Wurm“ zurückführen. Der „Wurm“ ist für sie die Verkörperung des Schmerzes. Den Schmerz fühlt auch ein Eingeborener wie jeder andere Mensch. Aber diese Menschen hatten – im Gegensatz zu den Europäern – kaum eine Möglichkeit, sich ärztlich behandeln zu lassen.

Seine Motive, in Afrika als Arzt zu arbeiten, schildert er so: „Wenn ich es als meine Lebensaufgabe betrachte, die Sache der Kranken unter fernen Sternen zu verfechten, berufe ich mich auf die Barmherzigkeit, die Jesus und die Religion befehlen. Zugleich aber wende ich mich an das elementare Denken und Vorstellen. Nicht als ein „gutes Werk“, sondern als eine unabweiseliche Pflicht soll uns das, was unter den Farbigen zu tun ist, erscheinen.“

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 mußte Schweitzer seine Arbeit im Spital auf Anordnung der französischen Kolonialverwaltung unter Aufsicht einer schwarzen Wache durchführen. Im Jahre 1917 wurde er mit seiner Frau nach Frankreich gebracht. Nach dem Durchlaufen von zwei Internierungslagern erreichten beide über die Schweiz die elsässische Heimat. Nach einer Operation konnte Schweitzer als Assistenzarzt am Bürgerspital in Straßburg arbeiten und übernahm auch wieder seine alte Pfarrstelle an der Kirche St. Nikolai. An seinem Geburtstag im Jahre 1919 wurde seine einzige Tochter geboren und auf den Namen Rhena getauft.

Albert Schweitzer hat im Jahre 1921 seine Afrikaerinnerungen unter dem Titel „Zwischen Wasser und Urwald“ herausgegeben. In den weiteren Jahren beschäftigte er sich mit der Kulturphilosophie und den Weltreligionen und den in ihnen vorliegenden Weltanschauungen. Außerdem unternahm er Vortragsreisen und gab Orgelkonzerte in verschiedenen europäischen Ländern. Im Frühjahr 1923 erschienen seine beiden Bücher über die Kulturphilosophie „Verfall und Wiederaufbau der Kultur“ und „Kultur und Ethik“. Ein Jahr später folgte das Buch „Das Christentum und die Weltreligionen“.

#### Rückkehr und Wiederaufbau

Im Februar 1924 verließ Schweitzer wieder seine elsässische Heimat und traf im April in seiner alten Wirkungsstätte am Ogowe ein. Die folgenden Monate waren mit Bauarbeiten ausgefüllt. Im Herbst 1925 konnte man wieder einhundertfünfzig Patienten mit ihren Begleitern Unterkunft gewähren. Eine Hungersnot und eine gleichzeitig auftretende Dysenterieepidemie zwangen den Urwalddoktor, das Spital auf einen anderen Platz zu verlegen, der etwas mehr Raum bot. Schweitzer begann somit das dritte Mal mit dem Bau eines Spitals. Inzwischen waren genug Ärzte und Krankenschwestern in Lambarene, so daß Schweitzer im Juli 1927 zu einem Aufenthalt nach Europa reisen konnte. Im Dezember 1929 erreicht er wieder sein Urwaldhospital, um sich Ende Januar 1932

abermals nach Europa zu begeben. Die folgenden Jahre waren ausgefüllt mit Arbeit in Lambarene, unterbrochen von Aufenthalten in Europa, wo Schweitzer wieder Konzert- und Vortragsreisen unternahm, um sein Werk zu finanzieren. Im Jahre 1931 erschien das Buch „Aus meinem Leben und Denken“, drei Jahre später folgte „Die Weltanschauung der indischen Denker“.

Kurz vor Kriegsbeginn im Januar 1939 ging es mit dem Schiff wieder nach Europa; die drohende Kriegsgefahr veranlaßte ihn zur sofortigen Rückkehr. erst im Jahre 1948 erreichte er wieder das heimische Elsaß. Vorträge, Vorlesungen, Konzertreisen und schriftstellerische Arbeit nahmen seine Zeit voll in Anspruch. Nach der Rückkehr in den Urwald wurde im Jahre 1950 mit dem Bau eines Lepradorfes begonnen; 1954 konnte es eingeweiht werden. Der mit der Verleihung des Friedensnobelpreises verbundene Geldbetrag war ein wichtiger Grundstock für dieses Vorhaben. Nun war auch für die Ärmsten unter den Armen ein wenig Hoffnung da, denn die Leprakranken wurden in vielen Gegenden aus ihrer bisherigen Stammesgemeinschaft ausgeschlossen. Sie hatten jetzt wenigstens ein Zuhause.

### Ehrfurcht vor dem Leben

Der Erste Weltkrieg zwang Schweitzer, seine Tätigkeit im kurz zuvor aufgebauten Urwaldspital zu beenden, denn als Elsässer hatte er einen deutschen Paß und galt in der französischen Kolonie als feindlicher Ausländer. Die erzwungene Ruhe bot ihm die Möglichkeit, viel nachzudenken. Der Krieg war für Albert Schweitzer ein sicherer Beweis für den Verfall der Kultur. Die Realität der grausamen Taten in den Schlachten machte deutlich, daß die Menschen darauf verzichteten, sich in erster Linie für das richtige Verhalten der Einzelperson und für eine echte menschliche Gemeinschaft einzusetzen.

Wie definierte Schweitzer die Kultur? „Sie ist der Inbegriff aller Fortschritte des Menschen und der Menschheit auf allen Gebieten und in jeder Hinsicht. Es ist die ethische Vollendung der einzelnen wie der Gesellschaft. Der Wille zur Kultur ist also universeller Fort-

schrittwille, der sich des Ethischen als des höchsten Wertes bewußt ist.“ Schweitzer sah das Verhängnis unserer Kultur darin, daß sie sich materiell viel stärker entwickelte als geistig. Ihr Gleichgewicht ist gestört. Durch die Entdeckungen, die uns die Kräfte der Natur dienstbar machen, haben die Lebensverhältnisse der Einzelmenschen, der gesellschaftlichen Gruppen und der Staaten eine totale Umwälzung erfahren. Die Fortschritte des Wissens und des Könnens haben zu einer großen Begeisterung geführt, die dann zu einer fehlerhaften Auffassung der Kultur führte. Die materiellen Errungenschaften werden überschätzt, die Bedeutung anderer Werte schwindet. Die materiellen Errungenschaften sind nach Schweitzer also noch nicht Kultur.

#### Unsere Autoren

Pfarrer i. R.  
Hermann Lutze  
Blankstraße 5  
5600 Wuppertal 1

Oberstudienrat Albert Rathjen  
Bahnhofstraße 42  
2740 Bremervörde

Dr. Henning Schwarz  
Justizminister und Minister für  
Bundesangelegenheiten  
des Landes Schleswig-Holstein  
Lorentzendam 35  
2300 Kiel 1

Gerade sie haben die sozialen und politischen Probleme verschärft. Sie werden nur Kultur in dem Maße, wie Kulturgesinnung fähig ist, sie im Sinne der Vervollkommnung des einzelnen und der Gesamtheit wirken zu lassen. Wenn Kultur unvollständig bleibt oder sogar abnimmt, so liegen die Gründe dafür in der Tatsache, daß die Welt- und Lebensbejahung der Weltanschauung oder ihre Ethik oder beide zusammen unausgebildet bleiben oder zurückgehen.

Kultur – so Schweitzer – hängt aufs engste mit der Lebensauffassung der Menschen zusammen. Nur wer ja sagt zum Leben und zur Welt, in der er lebt, ist auch fähig, Kultur zu schaffen. Die Bejahung des Lebens und der Welt beschließt

ethisches, d.h. richtiges, verantwortliches Handeln in sich. Ethik ist das Streben nach dem Ideal des Guten.

Schweitzer suchte lange nach einer Antwort auf die Frage, wie der Mensch dazu kommen kann, sich selbst und die Welt zu bejahen. Als er im September 1915 eine längere Fahrt auf dem Ogowe unternehmen mußte, fuhr er am Abend des dritten Tages durch eine Herde Nilpferde hindurch. Uplötzlich stand – so berichtete Schweitzer – von ihm nicht geahnt und nicht gesucht, das Wort „Ehrfurcht vor dem Leben“ vor ihm. Was ist nun Ehrfurcht vor dem Leben und wie entsteht sie im Menschen?

Wer über die Welt und über sich selbst nachdenkt, der merkt, daß alles, was um ihn herum lebt, genau so am Leben hängt wie er selber: Pflanzen, Tiere, Mitmenschen. Jeder, der das verstanden hat, muß allen Lebewesen die gleiche Ehrfurcht vor dem Leben entgegenbringen, wie dem eigenen. Er erlebt das andere Leben in dem seinen. Als gut gilt ihm: Leben erhalten, Leben fördern, entwickelbares Leben auf seinen höchsten Wert bringen; als böse: Leben vernichten, Leben schädigen, entwickelbares Leben niederhalten. Dies, d.h. Leben erhalten usw., ist als schöpfungsgemäß richtiges Verhalten des Menschen zu bezeichnen. Wer das tut, handelt gut. Schweitzer machte allerdings klar, daß die Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben erst dann wirksam wird, wenn sie von der gedachten Idee in praktisches Handeln umgesetzt wird, d. h. wenn den Worten auch Taten folgen. Ethik ist somit Hingebung an Leben, die durch Ehrfurcht vor dem Leben motiviert ist.

Da in der Natur ein Leben das andere bekämpft und der Mensch sich auf Kosten von Tier und Pflanze ernährt, wird das Grundprinzip der Ehrfurcht vor dem Leben in der Realität dieser Welt ständig durchbrochen. Ein Mensch, der die Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben verstanden hat, wird sich deshalb seiner Verantwortung bewußt. Er kann dann nicht mehr gedankenlos Leben vernichten oder schädigen, sondern wird sich Mühe geben, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Schweitzer glaubt, daß

auf dieser Basis der Mensch sich und seiner Umgebung zu einem sinnvollen Dasein verhilft.

### Arbeit für den Frieden

Im Jahre 1951 erhielt Schweitzer den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Bereits im Oktober 1953 wurde ihm der Friedensnobelpreis für 1952 verliehen; aber erst im November 1954 konnte er ihn in Oslo entgegennehmen. Der geehrte Urwald doktor benutzte diese Gelegenheit, um den Krieg als etwas Unmenschliches zu ächten. Seine Rede wurde unter dem Titel „Das Problem des Friedens in der heutigen Welt“ veröffentlicht. Angesichts der technischen Möglichkeit eines Atomkrieges erließ er im April 1957 über Radio Oslo einen „Appell an die Menschlichkeit“ zur Einstellung der Atomversuche. Im April 1958 folgten drei weitere Aufrufe, um das Gewissen der Menschen aufzurütteln. Diese Reden erschienen als Buch mit dem Titel „Friede oder Atomkrieg“. Für Ostern 1962 verfaßte Schweitzer mit anderen Wissenschaftlern einen „Aufruf an alle – Atomwaffenversuche dienen

nicht dem Frieden“. Schweitzer schrieb auch verschiedene Staatsmänner, u. a. Kennedy und Cruschschow, persönlich an.

Die Nobelpreisehrung bezog sich in erster Linie auf den Aufbau des Urwaldhospitals in Lambarene und damit auf die Hilfe, die viele Menschen dort erfuhren. Schweitzer sollte aber auch als politisch handelnder Mensch geehrt werden. Schließlich hatte er sein Leben zum Wohle afrikanischer Menschen eingesetzt und sich zu den wirtschaftlichen und politischen Problemen der äquatorialafrikanischen Stämme geäußert, aber diese auch auf seine Art und Weise zu lösen versucht.

### Was bleibt

Im Dezember 1959 nahm Albert Schweitzer zum letzten Mal Abschied von Europa. Es war seine vierzehnte Ausreise nach Afrika. Das Hospital beherbergte nun etwa sechshundert Personen. Die Zahl der Patienten nahm immer noch zu. Am 14. Januar 1965 konnte der „grand docteur“, wie ihn die Schwarzen respektvoll nannten, seinen 90. Geburtstag feiern. Glück-

wünsche und Ehrungen erreichten ihn aus aller Welt. Kurze Zeit später übertrug er die Aufgabe des Chefarztes einem jungen Schweizer Arzt. Die Leitung des Hospitals behielt er in seiner Hand. Im August erlitt er einen Schwächeanfall; am 4. September verstarb er. Einen Tag später wurde er neben seiner 1957 verstorbenen Frau bestattet.

Das Urwaldhospital in Lambarene ist zum Inbegriff der Lebensauffassung Schweitzers geworden. Für alle Menschen ist deutlich geworden, was er unter christlicher Nächstenliebe verstand. Die Zeitumstände hatten Einfluß auf die Entstehung und Entwicklung dieses Hospitals. Aber Schweitzer fühlte sich wohl auch getrieben, selbst Einfluß auf die Zeitumstände nehmen zu müssen. Sein vorgelebtes Beispiel kam in ein Jahrhundert, in dem mehr Grausamkeiten begangen worden sind, als in den Jahrhunderten davor. Sein Tun ging auf die Erkenntnis zurück, daß der Mensch nur in der Verantwortung vor Gott seinem Leben Sinn und Inhalt geben kann. Darin ist er über seinen Tod hinaus zu einem Vorbild für alle Menschen geworden.

## Wehrhafte Demokratie

### Hermann Lutze

Pfarrer I. R. Hermann Lutze aus Wuppertal – Synodaler der Rechtsbekenntnissynode von 1934, bekannt als „Hunsrückbischof“ – nahm als Zeitzeuge am Theologischen Abendgespräch „Bedeutung und Grenzen der Bekenntnisschrift von Barmen heute“ der 26. EAK-Bundestagung – 10. bis 12. Februar 1984, Wuppertal – teil. Seine nachfolgenden Gedanken gelten den Störungen im Rahmen der Öffentlichen Schlußkundgebung mit dem Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, am Sonntag, dem 12. Februar 1984.

Es fällt mir nicht leicht, mich zu äußern, aber ich fühle mich verpflichtet, das zu tun. Als Teilnehmer der Bundestagung des Evangeli-

schen Arbeitskreises der CDU/CSU habe ich am Freitag, dem 10. Februar, von meinem eigenen Erleben der ersten deutschen Reichsbekenntnissynode erzählt. Dankbar denke ich auch an die Grundsatzreferate – besonders von Roman Herzog und Albrecht Martin – zurück. Ich habe mich auch darüber gefreut, daß der Bundeskanzler auf der Schlußkundgebung dieser Tagung sprach, obwohl er am nächsten Tage die für ihn nicht einfache Reise nach Moskau antrat.

Was mich aber zu dieser Äußerung veranlaßt, ist das, was in der Stadthalle nahezu ununterbrochen geschah. Im rückwärtigen Teil der Halle hatten sich etwa 30 junge Leute zu einem Haufen zusammengeballt.

Der Bundeskanzler hatte kaum seinen Vortrag begonnen, da ging der Lärm dieser Jugendlichen los. Es wurde geschrien, gepfiffen und getrampelt – fast ohne jede Unterbrechung. Wäre die Lautsprecheranlage am Rednerpult des Bundeskanzlers nicht so stark gewesen, hätten selbst wir, die in den vorderen Reihen saßen, nicht ein Wort verstanden. Was da an dem Morgen im großen Saal der Stadthalle geschah, erinnerte mich in einer geradezu frappanten Weise an die politischen Versammlungen in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in denen die Stör-Kommandos der Nationalsozialisten sich auch in dieser Form betätigten. Ich konnte dem Oberbürgermeister, an dessen Seite ich saß, nur sagen:

„Ich schäme mich.“ Zum Wesen der Demokratie gehört die Argumentation, aber nicht der Radau! Ich nehme an, daß diese Radaumacher sogar Studenten waren, die in der Tradition des Schöpfers der modernen Universität Wilhelm von Humboldt Teil der geistigen Elite sein sollen. Diese „Elite“ erwies sich aber in einem eingeübten Krachschlagen. Ich bewundere den Bundeskanzler, der sich auf ein paar Bemerkungen zu diesem Lärmteror beschränkte. Ich bewundere auch unseren Oberbürgermeister,

der, statt durch Polizisten die Störenfriede aus dem Saal ins Freie zu befördern, ruhig und beherrscht neben mir saß.

Wir haben in unserer 5. Barmer These als Aufgabe des Staates „Recht und Frieden“ genannt. Aber als Mittel, „Recht und Frieden“ zu schaffen, haben wir ausdrücklich die „Androhung und Ausübung von Gewalt“ genannt. Ich habe in der Schweiz studiert und dort gelernt, was Demokratie heißt. Demokratie muß „wehrhafte“ Demokratie sein

– nach außen, und, was noch wichtiger ist, nach innen. Wenn die Demokratie nicht bereit ist, wehrhaft zu sein, ist sie zum Untergang verurteilt. Was sich am Sonntag in der Stadthalle abgespielt hat, hatte mit Demokratie nichts zu tun, war Anarchie, ja, Despotie; denn das, was diese Radaumacher getan haben, war ja der Versuch, den mehr als tausend Zuhörern despotisch ihren Willen aufzuzwingen. Sollte das zur Gewohnheit werden, ist es um unsere Demokratie schlecht bestellt.

Aus unserer Arbeit

Das mit jährlich 6,3 Millionen DM aus Kirchensteuermitteln subventionierte Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt übte Kritik an der Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten. Pfarrer Wolfgang Teichert, bis Ende 1983 Redakteur beim Sonntagsblatt und heutiger Studienleiter der Evangelischen Akademie Nordelbien, warf am 8. Januar im Sonntagsblatt und am 31. Dezember in der Reihe „Christen zum Alltag“ im Süddeutschen Rundfunk fast gleichlautend dem Bundespräsidenten und anderen Politikern vor, zu „Predigern“ geworden zu sein. So habe der Bundespräsident seine Ansprache im „Schema einer Pre-

## Meine Meinung

Erhard Hackler

dig“ gestaltet. Seine „Predigt“ habe mit der Verlesung eines Bibeltextes begonnen, ein persönliches Zeugnis sei gefolgt.

Originalton Teichert: „Wir brauchen keine predigenden Politiker. Bleibt bei Euren Leisten, aus Überzeugung. Bescheidenheit will ich gar nicht erst verlangen.“

Offensichtlich ist Prof. Karl Carstens für das von Hanns Lilje begrün-

dete Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt ein zu frommer Bundespräsident. Ist es nicht ein Skandal, daß unser sich zum evangelischen Glauben bekennendes Staatsoberhaupt öffentlich angegriffen wird, weil es sich ebenfalls öffentlich zu seinem christlichen Glauben bekennt? Wie wäre es, wenn man in die Richtung des jetzigen Betätigungsfeldes Teicherts als Stätte geistiger Urheberschaft politischer Predigt formulierte:

„Wir brauchen keine politisierenden Prediger. Bleibt bei Euren Leisten, aus Überzeugung. Bescheidenheit will ich gar nicht erst verlangen“?

## Glückwünsche des CDU-Generalsekretärs

Lieber Herr Martin,

zu ihrer Wahl zum Bundesvorsitzenden des EAK gratuliere ich Ihnen und wünsche Ihnen von Herzen alles Gute und Erfolg bei dieser wichtigen Aufgabe.

Die Aufgabenstellung des EAK ist heute eine andere als in den 50er Jahren. Der Unionsgedanke ist weitgehend verwirklicht und Evangelische nehmen herausragende Positionen in der CDU ein. Aber in anderer Hinsicht ist die Existenz und der Beitrag des EAK für die CDU auch in Zukunft unverzichtbar. Auch an der CDU ist die Säkularisierung der Gesellschaft

nicht spurlos vorübergegangen. Ich bin nicht sicher, ob noch alle CDU-Mitglieder verstehen, was damit gemeint ist, wenn unser Grundsatzprogramm davon spricht, daß der Mensch seine Freiheit weder sich selbst noch der Gesellschaft verdankt, sondern daß seine Freiheit auf einer Wirklichkeit beruht, welche die menschliche Welt überschreitet. Die CDU gewinnt ihr unverwechselbares Profil durch ihre Bindung an christliche Werte. Ihr konkretes politisches Handeln muß deshalb immer rückführbar sein auf diese Werte. Dies immer wieder zu verdeutlichen und „Über-

setzungshilfen“ zu geben ist eine Aufgabe auch für den EAK.

Lassen Sie mich noch einen Punkt anführen, der mir große Sorge bereitet. Man kann diese Sorge mit dem Schlagwort „Theologisierung der Politik“ umschreiben. In der sog. Friedensdiskussion haben Christen ihre politische Position gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß unmittelbar mit der Bergpredigt begründet. Hier hat eine sehr bedenkliche Vermischung stattgefunden zwischen letzten biblischen Wahrheiten und dem, womit Politik zu tun hat: der Lösung von konkreten politischen Fragen nach

menschlicher Einsicht, Vernunft und Sachverstand. Wer Politik und Staat gegenüber der eschatologischen Dimension so sehr relativiert, daß er ihnen überhaupt kein Gewicht mehr zubilligt und den Staat deshalb auch nicht mehr für schützenswert hält, stellt letztlich die Grundlagen unseres demokratischen Staates und unserer Freiheit in Frage.

Wer politische Fragen zu Glaubensfragen macht, macht Politik unmöglich, weil das Ringen um bestmögliche Lösungen durch Bekenntnisse ersetzt wird. Ich sehe eine solche Konsequenz auch in manchen theologischen Entwicklungen des deutschen Protestantismus angelegt. Ich bin der Meinung, der EAK könnte diesem Staat, unserer Partei, aber auch der Kirche

einen wertvollen Dienst leisten, wenn er diese theologischen Strömungen analysiert und in der Diskussion mit der evangelischen Kirche eine Klärung herbeiführt.

Darum bitte ich den Evangelischen Arbeitskreis. Mit meiner Unterstützung können Sie, lieber Herr Martin, immer rechnen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Heiner Geißler, MdB

## Aus unserer Arbeit

### Mut auch vor Gemeindefronen

Bernd Neumann

**Bremen:** Der Vorsitzende der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft, Bernd Neumann, äußerte sich gegenüber der Bremer Kirchenzeitung:

„Jedermann, der sich ein wenig auch nur mit der evangelischen Kirche in Bremen befaßt, weiß um die Konflikte der BEK mit Parteien einschließlich der CDU. Aber schon dieser Einleitungssatz gibt die Wirklichkeit nur zum Teil wieder. Nicht „die“ Bremische Evangelische Kirche ist im Streit mit „der“ CDU oder „den“ Parteien. Viel zu gut und fruchtbar sind die Kontakte zum Beispiel des Evangelischen Arbeitskreises der CDU unter Leitung von Dr. Friedrich Menke oder der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft zu vielen, vielen Gemeinden, zur Kirchenleitung, zu den kirchlichen Organisationen. Es sind einzelne, um die es immer wieder geht. Ihre Namen sind zwar nicht Schall und Rauch, aber zweitrangig für das spezielle Verhältnis zur BEK-Spitze.

Jeder Kundige weiß, daß die Verfassung der Bremischen Landeskirche weder dem Kirchausschuß noch dessen Präsidenten oder Schriftführer erlaubt, in Fragen von Glauben, Gewissen und Lehre den Gemeinden oder Pastoren Weisungen zu erteilen beziehungsweise sie durch dienstliche Maßnahmen zur Rechenschaft zu ziehen. Mancher mag das bedauern, ich tue es nicht. Denn die Autonomie der Gemeinden erlaubt zugleich dem Gläubigen die „Abstimmung mit den Füßen“; er kann die Gemeinde wählen, deren Auslegung der Fragen von Glauben, Gewissen und Lehre seinen religiösen Vorstellungen am meisten entspricht.

Es geht hier und jetzt – darum auch ist dies eine Stellungnahme des Bremer

CDU-Chefs – um die BEK-Spitze, ihren Kirchausschußpräsidenten und Schriftführer. Aber nicht ihre Auslegung von Fragen von Glauben, Gewissen und Lehre sind kontrovers, sondern ihr Bekenntnis: Außenstehende haben den Eindruck, daß die Spitzen der Bremischen Evangelischen Kirche unter Hinweis auf die Kirchenverfassung offenbar sogar die Äußerung einer eigenen Meinung zu religiösen und kirchlichen Vorgängen in Bremen vermeiden. Das ist wohl auch der Grund dafür, daß die Diskussionen zwischen der BEK und den politisch Tätigen fruchtlos sein können.

Das folgt aber nicht zwangsweise aus dieser unvergleichlichen Kirchenverfassung. So war in deren genauer Kenntnis Oberkirchenrat Dietrich Sattler – bis Ende der 70er Jahre Leiter des BEK-Öffentlichkeitsamts – sehr wohl bereit, für das Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland öffentlich kritisch Stellung zu nehmen zu einem vom ZDF übertragenen Gottesdienst aus der Andreas-Kirche in Bremen-Gröpelingen. Die EKD habe darin nicht die der Kirche angemessene Form gesehen, Betroffenen zur Seite zu stehen: „Weder in der Liturgie noch in der Predigt kam das Evangelium zur Sprache, das Resignation und Bitterkeit überwinden hilft und Menschen Mut macht, mit Gott auch schwierige Wege in eine ungewisse Zukunft zu gehen.“

Niemand will einen „großen Manitu“, der sich auf Veranlassung beleidigter Politiker, aus welcher Partei immer, auf eine aufmüpfige Gemeinde stürzt, um sie kirchenpolitisch mores zu lehren oder gar parteipolitisch zu disziplinieren. Es sollte nur die BEK-Spitze den Mut vor Gemeinde-Thronen haben, genauso wie einzelne ihrer Pastoren auch öffentlich eine Meinung zu äußern. Eine Bremische Evangelische Kirche nämlich, von der in der Öffentlichkeit

immer nur politisch extreme Äußerungen gehört werden, weil alle anderen melden, sich nicht äußern zu dürfen, kann von der breiten Masse der Bürger wohl schwerer als ihre Kirche akzeptiert werden. Jeder bedarf des Zuspruchs, auch derjenige, der scheinbar ohne Not ist. Diesen gegenüber versäumt die BEK-Spitze auch eine geistige Pflicht, weil sie sich dieses scheinbaren „Otto Normalverbrauchers“ nicht (ausreichend) annimmt. Diese Klage eines leidgeplagten Politikers ist mithin auch die eines leidgeplagten evangelischen Christen.“

### Zur Lutherfeier die Gedenkstätte hergerichtet

**Gießen-Ost:** In einem freiwilligen Arbeitseinsatz säuberten und bepflanzten Mitglieder des EAK der CDU eine heruntergekommene Luther-Gedenkstätte. Nach diesem Beitrag zum 500. Geburtstag des Reformators wurde dann am hergerichteten Ort eine gut besuchte Luther-Gedenkfeier veranstaltet.

### Landesversammlung des EAK Hessen mit Neuwahlen

**Frankfurt:** Die EAK-Landesversammlung hat am 14. Januar 1984 bei guter Beteiligung und nach einem Grundsatzreferat des EAK-Bundesvorsitzenden, Landtagspräsidenten Albrecht Martin, nachfolgenden Vorstand gewählt:

Arnulf Borsche, Vorsitzender; Wolfgang Windfuhr und Michael Bergmann, stellvertretende Vorsitzende; Klaus Frommelt, Schriftführer.

## „Menschenführung im technisierten Büro“

**Heidelberg:** Zu diesem Thema sprach Oberbürgermeister Reinhold Zundel am 29. Februar vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Heidelberg.

Mit diesem Diskussionsabend setzte der EAK Heidelberg seine Reihe „Zukunftsprobleme“ fort. Zundel, soeben gewählter Vorsitzender des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Baden-Württemberg, ist Spezialist für die betriebs- und behördeninternen neuen Kommunikationstechniken und die Führung der Mitarbeiter. In der nicht öffentlichen Veranstaltung wurde aus erster Hand Einblick in eine neuartige Welt gegeben, die schon in den nächsten Jahren überall Realität sein kann.

## Aus theologisch fragwürdiger Position folgt politische Einseitigkeit

— EAK-Kritik an evangelischer Kirche —

**Gießen:** „Was wir heute unserer Kirche gegenüber anzumerken haben, ist nicht die einseitige politische Orientierung von Teilen der Theologenschaft und der Gemeinde, sondern ist eine theologisch fragwürdige Position, aus der dann die politische Einseitigkeit erfolgt.“ Diese Ansicht vertrat der rheinland-pfälzische Landtagspräsident und Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Albrecht Martin (Mainz), auf der Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Hessen Mitte Januar in Gießen.

Nach Ansicht des Bundesvorsitzenden des EAK der CDU/CSU könne man das Bekenntnis zu Jesus Christus nicht unbedingt mit einer bestimmten politischen Auffassung verbinden. Volkskirche werde nicht mehr möglich, wenn sich mit dem Bekenntnis eine bestimmte politische Entscheidung verbinden müsse. Es bestünde dann die Gefahr, daß es heute eine Kirche der Gegner der Nachrüstung, eine Kirche der Gegner der Kernenergie und morgen eine Kirche der Planwirtschaft usw. gäbe. Kritik an der evangelischen Kirche übte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Hessen, Arnulf Borsche (Frankfurt). Die Kirche und einzelne ihrer Amtsträger hätten an der heutigen Verunsicherung der Menschen teil. Borsche bedauerte, daß einzelne Pfarrer unter Berufung auf das Evangelium gegen den freiheitlichen Rechtsstaat Stellung beziehen. Dabei vergesse man, daß tagespolitische Stellungnahmen aus dem kirchlichen Bereich oft gar nicht gefragt seien. Die Menschen suchten heute wieder Orientierung und eine Botschaft der Hoffnung.

## Podiums-Diskussion über Kirchengaustritte

**Berlin:** Über drei Stunden lang diskutierten Teilnehmer einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Berlin über Kirchengaustritte. Die Diskussionsteilnehmer machten ihrem Ärger über innerkirchliche Mißstände Luft. Im Schöneberger Rathaus wurde deutlich, daß manches in der Kirche Anlaß zu scharfer Kritik gibt. Die Podi-

umsdiskussion wurde von der CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden des EAK Berlin, Frau Dr. Ursula Besser, geleitet.

Eingehend diskutierte man die Frage, ob der Kirchengaustritt die einzige richtige Reaktion auf ärgerniserregende Verhaltensweisen der Kirche sein soll. Professor Hans Herbert Schulze von der Fachhochschule für Wirtschaft — nach eigener Aussage hat er vor nicht allzulanger Zeit der Kirche den Rücken gekehrt —: Die Kirche gebe einer Weltanschauung Raum, die, sollte sie an die Macht kommen, die Kirche als erste abschaffen würde. Man müsse der Kirche das Geld entziehen, damit sie „endlich merkt, was Sache ist“. Er, so Prof. Schulze, werde jedenfalls solange keine Kirchensteuer mehr zahlen, bis Bischof Martin Kruse einsehe, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Auf Grund der vielen kirchlichen Ärgernisse hielt der Professor der Kirche ein Wort aus dem Neuen Testament vor: „Mein Haus soll ein Bethaus sein. Ihr habt eine Räuberhöhle daraus gemacht.“

Zustimmende Äußerungen gab es aus dem Kreis der Zuhörer. Allerdings zum Teil mit der Einschränkung, daß man den Schritt des Kirchengaustritts als letzte Konsequenz noch scheue. Jedoch würde die Hemmnisschwelle für ein Verlassen der Kirche immer niedriger. Schönebergs Superintendent Horst Gunter richtete an die Unzufriedenen den dringenden Appell, der Kirche Jesu Christi die Treue zu halten. Das Mitglied der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Günter Elsner, sagte, daß die Kirchen dadurch großen Schaden nehmen, daß sie ständig dem Zeitgeist nachlaufen.

## Kurz notiert

### Kanzler und CDU-Präsidiumsmitglieder trafen Vertreter der EKD

**Bonn:** Am Dienstag, dem 17. Januar 1984, fand eine Begegnung von Mitgliedern des Parteipräsidiums der CDU und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bonn statt. Die Zusammenkunft von Politikern aus CDU und CSU und evangelischen Kirchenvertretern dauerte über 4 Stunden. Hauptthemen der Unterredung waren „Fragen der Zukunft der Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf den gesellschaft-

lichen und sozialen Wandel sowie die Rolle der Bundesrepublik in Europa und im westlichen Bündnis“. Übereinstimmend vertraten die Gesprächspartner die Auffassung, daß wirtschaftliches Wachstum eine der Voraussetzungen nicht nur für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, sondern auch zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen im Bereich der Familienpolitik, des Umweltschutzes und der Entwicklungshilfe sei.

Zu den kirchlichen Gesprächsteilnehmern gehörten der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof Eduard Lohse (Hannover), sein Stellvertreter,

Kirchenpräsident Helmut Hild (Darmstadt) und weitere sechs Ratsmitglieder, unter ihnen der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, der zugleich dem CDU-Präsidium angehört. Weitere Vertreter der Regierungspartei waren der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Alfred Dregger, sowie die Bundesminister Gerhard Stoltenberg und Heiner Geißler. Für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU nahmen die Minister Werner Dollinger und Friedrich Vogel sowie der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin an der Besprechung teil.

## Neuregelung des Jugendschutzes

Am 1. Dezember 1983 haben die Fraktionen von CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Jugendschutzes eingebracht (Bundestagsdrucksache 10/722).

Der Entwurf regelt unter anderem den Aufenthalt von Jugendlichen in Gaststätten und bei Tanzveranstaltungen neu und verschärft die Aufstellungsbeschränkung für elektronische Unterhaltungsspielgeräte.

Neu aufgenommen in das Gesetz wird ein Paragraph zur Abgabe von Video-Cassetten. Danach sollen bespielte Video-Cassetten nur noch dann an Kinder und Jugendliche abgegeben werden oder ihnen zugänglich gemacht werden dürfen, wenn die Filme für ihre Altersgruppe freigegeben und entsprechend gekennzeichnet sind. Ähnlich wie bei der Kinofilmfreigabe soll auch die Freigabe von Video-Cassetten den Obersten Landesjugendbehörden zustehen.

Diese Änderungen entsprechen weitgehend den seinerzeit von der aej in einer Stellungnahme geäußerten Vorstellungen (Stellungnahme des aej-Vorstandes zum vorhergehenden, in der letzten Legislaturperiode aber nicht mehr verabschiedeten Gesetzentwurfes Ende September 1982; eji 9/82).

Die umstrittenste Neuerung ist die Verschärfung des § 131 StGB, der bisher lautete:

„Verherrlichung von Gewalt; Aufstachelung zum Rassenhaß

Wer Schriften (§ 11 Abs. 3), die Gewalttätigkeiten gegen Menschen in grausamer oder sonst unmenschlicher Weise schildern und dadurch eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrücken oder die zum Rassenhaß aufstacheln,

1. verbreitet,
  2. öffentlich ausstellt, anspricht, vorführt oder sonst zugänglich macht,
  3. einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überläßt oder zugänglich macht oder
  4. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einzuführen oder daraus auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 3 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,
- wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer eine Darbietung des in Absatz 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk verbreitet.

Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn die Handlung der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte dient.“

Es ist vorgesehen, diesen Paragraphen neu zu betiteln („Gewaltdarstellung; Aufstachelung zum Rassenhaß“) und in Abs. 1 die Worte „und dadurch eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrücken“ zu streichen. Dadurch soll in Zukunft bereits die Herstellung und Verbreitung von grausamen oder sonst unmenschlichen Darstellungen von Gewalttätigkeiten gegen Menschen unter Strafe gestellt werden. eji.

(aej = Arbeitsgemeinschaft evangelischer Jugend).

## Gollwitzers Theologie: Uevangelisch!

Als „irriges Auffassung“ und „zutiefst uevangelische Theologie“ hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Eduard Lohse, Äußerungen des Berliner Theologieprofessors Helmut Gollwitzer kritisiert. Gollwitzer hatte in einem Aufsatz in den „Lutherischen Monatsheften“ die Ansicht vertreten, die Kirche müsse sich in politische und damit auch militärische Fragen einmischen, und zwar nicht nur „mit allgemeinen Ermahnungen und Grenzziehungen“. Sie müsse sich „ins Detail der mit der waffentechnischen Entwicklung gestellten Fragen hineinbegeben“ und bei jedem Rüstungsschritt prüfen, „ob er den Frieden stabiler oder unsicherer macht“. Lohse meinte dazu, hier liege eine „Vermischung der beiden Regimente“ und eine „Verkehrung des Evangeliums in das Gesetz“ vor. (epd)

## Konfessionsstruktur des Bundestages: Mehr Katholiken als Protestanten

Die konfessionelle Struktur des Bundestages hat sich – wie die Untersuchung weiter zeigt – nach der Wahl am 6. März 1983 nur wenig verändert. 189 Abgeordnete (36,3 Prozent) bezeichneten sich als katholisch, 174 (33,5 Prozent) als evangelisch, 157 (30,2 Prozent) machten keine Angaben. Im vorigen Bundestag sah die Verteilung so aus: 188 (36,2 Prozent) Katholiken, 169 (32,6 Prozent) Protestanten, 162 (31,2 Prozent) ohne Angaben. Bei den Unionsparteien spielte der Anteil der Katholiken mit 159 Abgeordneten (62,3 Prozent) die größte Rolle. Die Protestanten kamen auf 92 Mitglieder (35,1 Prozent); keine Angaben machten bei CDU/CSU nur vier Abgeordnete (1,6 Prozent).  
idea-spektrum 4/84

## Evangelische Pfarrer für Zusammenarbeit mit der DKP

Evangelische Pfarrer und Verbände haben sich für eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ausgesprochen. Dies geht aus jetzt veröffentlichten Grußschreiben an den 7. Parteitag der DKP vor kurzem in Nürnberg hervor. So schreibt das Mitglied des internationalen Arbeitsausschusses der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), Pfarrer Hans Joachim Oeffler (Kaiserslautern), es sei seine „von Jahr zu Jahr gefestigte und öffentlich vertretene Überzeugung, daß ein gedeihliches Zusammenleben auf dieser Erde die Anerkennung und die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Kräften des Sozialismus zur Voraussetzung hat“. Es gehe um einen „gemeinsamen Kampf“. Das Ehrenmitglied des Präsidiums der CFK, Pfarrer i. R. D. Herbert Mochalski (Kronberg), läßt „in alter Verbundenheit herzlich grüßen“. Er wäre gerne gekommen, ließe es seine Gesundheit zu, auch um auf dem DKP-Parteitag „alte Freunde wiederzusehen“. Pfarrer Olaf Jellema (Essen) schreibt im Namen der Aktion „Christen für die Abrüstung“, 1984 werde es im Blick auf „Arbeit und Frieden“ nicht zuletzt auf die „Kraft“ der DKP ankommen. Ähnlich äußerte sich Dieter Begemann (Herford), Mitinitiator des „Bielefelder Appells“. Der Vorsitzende des Versöhnungsbundes, Pastor Konrad Lübbert (Uetersen bei Hamburg), meint in seinem Grußschreiben an den DKP-Parteitag, „alle Friedenskräfte“ müßten zusammenarbeiten. Der reformierte Theologe Prof. Dr. Walter Kreck (Bonn) hofft, daß die Zusammenarbeit mit den Kommunisten „immer mehr dazu beiträgt, die von einer verleumderischen Propaganda genährten Vorurteile gegen die KPD zu entkräften“.

idea-spektrum 5/84, Seite 7

## Auszug aus dem Kommuniqué von der 50. Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 26./27. Januar 1984 in Berlin

Unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Kirchenpräsident D. Helmut Hild, ist der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 26./27. Januar 1984 in Berlin-Spandau zu seiner 50. Sitzung zusammengekommen.

Im Mittelpunkt seiner Beratungen standen zwei für Gottesdienst und Frömmigkeit der evangelischen Christenheit wichtige Vorhaben, denen der Rat seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat.

Mit großer Anerkennung für die Arbeit der von ihm eingesetzten Revisionskom-

mission hat der Rat zur Kenntnis genommen, daß die Überarbeitung der Übersetzung des Neuen Testaments von **Martin Luther** nahezu abgeschlossen ist. Dem Rat lag ein erster Teil der überarbeiteten **Texte** vor. Im März wird er über den gesamten Text beraten können. Der Rat hofft, daß Mitte des Jahres Martin Luthers Übersetzung des Neuen Testaments in einer dem heutigen Sprachverständnis behutsam angelegenen Fassung vorliegen wird. In weniger als zwei Jahren hat die Kommission die 1975 veröffentlichte Revision der Lutherbibel, die der Synode der EKD als zu weitgehend erschien, durchgesehen und so überarbeitet, daß die ursprüngliche und vielen Bibellesern vertraute Sprache Martin Luthers wieder zur Geltung kommt. Die Bibel in der Übersetzung Martin Luthers hat durch Jahrhunderte hindurch die Sprache und

Gestalt evangelischer Frömmigkeit geprägt. Noch heute dient sie nach Auffassung des Rates der Einheit der evangelischen Christenheit im deutschen Sprachraum, wenn sie in Gottesdienst, Seelsorge und Unterricht gemeinsam gelesen und auch im öffentlichen Wort der Kirche verwandt wird.

Das zweite Projekt, mit dem der Rat das geistliche Leben innerhalb der EKD fördern will, ist die Vorbereitung eines **neuen Gesangbuches**. Ausführlich ließ er sich über die Arbeit des Gesangbuch-Ausschusses der EKD berichten, der im engen Kontakt mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR mit den Vorarbeiten für ein neues gemeinsames Gesangbuch der evangelischen Kirche beauftragt ist. Der Ausschuß hat eine „Vorläufige Liederliste“ erarbeitet, die demnächst den Glied-

kirchen der EKD und den übrigen beteiligten Kirchen zur Begutachtung zugestellt wird. Die „Vorläufige Liederliste“ enthält 476 Choräle, liturgische Gesänge und Kanons aus verschiedenen Jahrhunderten und Traditionen evangelischer Frömmigkeit. Lieder zeitgenössischer Dichter und Komponisten sind ebenso berücksichtigt wie die seit Generationen vertrauten Choräle Martin Luthers oder Paul Gerhards. Die „Vorläufige Liederliste“ betrachtet der Rat als einen ersten Vorschlag des Gesangbuch-Ausschusses, der kritischer Durchsicht bedarf und für Ergänzungen und Korrekturen offen ist. Der Gesangbuch-Ausschuß soll alle in der nächsten Zeit eingehenden Stellungnahmen und Vorschläge überarbeiten und wird später die „Vorläufige Liederliste“ zu einem ersten Entwurf umgestalten.

## Leser-Brief

Die hier geäußerte Meinung braucht nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

**Betr.: H. D. Pawlowski, Die Nachrüstung im Lichte christlicher und moralischer Verantwortung**

**EV 12/83, S. 11-15**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wer Herrn Professor Pawlowskis Ausführungen zur „Nachrüstung im Lichte christlicher und moralischer Verantwortung“ aufmerksam liest, könnte den Eindruck gewinnen, der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 sei nichts weiter als ein mit Abrüstungsvorschlägen verbundener Nachrüstungsbeschluß. Das Gegenteil ist richtig. Der NATO-Doppelbeschluß wurde von Anfang an als eine Art „Fahrplan zur Abrüstung“, nicht zur „Nachrüstung“ konzipiert, der unter Zurückstellung bestimmter Modernisierungsmaßnahmen im Mittelstreckenbereich der östlichen Seite ein Verhandlungsangebot unterbreitet, um auf diese Weise die Westeuropa bedrohenden sowjetischen Mittelstreckenraketen ganz oder doch größtenteils zu beseitigen und die eigene Modernisierung die „Nachrüstung“, überflüssig zu ma-

chen. Nicht „Nachrüstung“, die man ohne allzu große Schwierigkeiten ja längst hätte haben können, sondern Abrüstung, d. h. „ein Frieden mit weniger Waffen“ war das Ziel. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen.

Nach dem Abbruch der Genfer und Wiener Verhandlungen hat sich die ursprüngliche Intention des NATO-Doppelbeschlusses zur Zeit leider in ihr Gegenteil, in einen „Fahrplan zur Abrüstung“ verkehrt, der sowohl das Scheitern der östlichen, aber auch der westlichen Verhandlungsstrategie deutlich macht. Man sollte diese Situation zunächst einmal nüchtern zur Kenntnis nehmen, ehe man fortfährt, über „Nachrüstung“ als „Weg zu einer vertraglichen Friedensordnung“ zu spekulieren, die zur Zeit – als ein Ergebnis der gescheiterten Verhandlungen – in weite Ferne gerückt ist.

Richtig freilich ist – und hier stimme ich Herrn Pawlowski zu –, daß Wert und Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses mehr im politisch-psychologischen (Problem der Erpreßbarkeit, Finnlandisierung, Abkoppelung usw.) als im militärischen Bereich zu suchen sind. So bleibt die vage Hoffnung, daß noch nicht alle Türen zugeschlagen sind und die Verhandlungen eines Tages unter dann sicherlich geänderten Voraussetzungen und wohl auch in einem anderen Rahmen (Drittstaatenproblematik!) wieder aufgenommen werden. Ein geplantes Außenministertreffen sollte man damit freilich nicht verwechseln!

Nur als „Fahrplan zur Abrüstung“ jedenfalls – und damit komme ich zu einem weiteren Punkt – ist der NATO-

Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen „im Lichte christlicher und moralischer Verantwortung“ akzeptabel. Und das für den Christen auch sicher nicht, wie man selbst für den Nachrüstungsfall oft hören kann, aus voller Überzeugung, sondern nur mit einem gequälten Gewissen. Denn ist die Bergpredigt auch keine Gebrauchsanweisung für die politische Praxis, so gibt sie dem politischen Handeln doch eine klare Ausrichtung, die für den Christen, selbst im politischen Alltag, unumkehrbar ist.

Wer daher, wie Herr Pawlowski, einseitige, kalkulierte Vorleistungen von vornherein als friedensfeindlich brandmarkt und verwirft, muß sich nicht nur nach seinem Verständnis der Bergpredigt fragen lassen, er verkennt zudem gründlich die ebenso abrüstungs- und verhandlungsfördernde wie vertrauensbildende Wirkung solcher Maßnahmen, ohne die Abrüstungsverhandlungen kaum erfolgreich sein dürften. Wer so argumentiert, desavouiert darüber hinaus die mehrfachen Versuche und Bemühungen des Westens, durch einseitige und kalkulierte Vorleistungen, die weder die politische noch die militärische Stabilität gefährden, zu einem Abrüstungserfolg zu kommen. Man kann daher nur hoffen und wünschen, daß sich die westliche Seite trotz mehrfacher Rückschläge und Mißerfolge in dieser Frage nicht beirren läßt und, wie zuletzt noch in Ottawa am 27. Oktober 1983, diesen Weg auch weiterhin beschreiten wird.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. theol. Klaus Krüger  
Amselweg 20  
4406 Drensteinfurt 3

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Rechtsanwalt Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Post-scheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

5931\*0100-003896 PAK. 16/ 9

BLECKMANN, HANS

FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF

\$\$\$

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn  
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

## AUFRUF

### des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU wendet sich zum Abschluß der 26. Bundestagung des EAK in Wuppertal in der Rückbesinnung auf die Bekenntnissynode zu Barmen vor 50 Jahren an die evangelischen Christen in der Bundesrepublik Deutschland:

In der Überzeugung, daß die Bekenntnissynode zu Barmen mit ihrer „Theologischen Erklärung“ über die besondere Situation ihrer Zeit hinaus für evangelische Christen auch heute richtungsweisend sein kann, haben wir die 26. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises unter das Thema:

#### **Barmen heute — Der evangelische Christ im Staat des Grundgesetzes**

gestellt.

Wir bekunden dankbar vor Gott, daß wir heute — anders als vor 50 Jahren — in einem Staat leben, zu dem wir als Christen guten Gewissens stehen können. Deshalb rufen wir auf, die auf Recht und Freiheit begründete demokratische Ordnung unseres Staates als Gabe Gottes anzunehmen und in Dank und Ehrfurcht vor Gott für sie einzutreten.

Wir wissen, daß keine menschliche Ordnung vollkommen ist und daß wir uns als Christen im demokratischen Staat nach unseren Erkenntnissen, Möglichkeiten und Fähigkeiten einsetzen können und müssen für die Bewahrung und Weiterentwicklung gerechter, freiheitlicher und menschenwürdiger Verhältnisse. Deshalb rufen wir auf, in der Verantwortung vor Gott entschlossen und uneigennützig mitzuwirken an der Gestaltung unserer Bundesrepublik Deutschland und einer Welt, in der Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden herrschen.

Wir wissen, daß politische Positionen und Meinungen „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“ nicht den Anspruch erheben dürfen, absolute und letzte Wahrheiten zu sein. Deshalb rufen wir auf, Wort und Werk Gottes nicht zur Begründung und Rechtfertigung politischer und sozialer Ziele, Programme und Ansichten zu mißbrauchen, sondern unterschiedliche politische Meinungen in Achtung voreinander auszutragen, ohne dem anderen die Gemeinsamkeit des Glaubens abzusprechen.

Wir achten den Einsatz und die Verantwortungsbereitschaft aller, die in politischen und öffentlichen Ämtern unseres Staates und Gemeinwesens stehen und die in den demokratischen politischen Parteien unsere freiheitliche, rechtsstaatliche Ordnung mitgestalten. Deshalb rufen wir auf, sie nicht nur mit kritischer Aufmerksamkeit zu begleiten, sondern sie auch als solche anzunehmen, die — wie jeder andere — des Zuspruchs der fordernden und vergebenden Liebe Gottes und der Fürbitte der christlichen Gemeinde bedürfen.